

**Neue Lehrer** Als Nothelfer geholt, passen sie ideal in die Schule.

*Von Daniel Schneebeili*

# Glücksfall Umsteiger

12 000 Erstklässler werden heute Morgen im Kanton Zürich ihren ersten Schultag erleben, und was nicht selbstverständlich ist: Alle haben eine Lehrerin oder einen Lehrer. Dies ist zu einem guten Teil das Verdienst von Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP), ihren Amtskollegen in der Nordwestschweiz und deren Behörden. Angesichts des eklatanten Lehrermangels haben sie vor einem Jahr völlig richtig entschieden: Sie wandten sich an berufserfahrene über 30, die sich einen Umstieg in den Lehrerberuf vorstellen konnten.

Die Abwerbeaktion hatte eine grosse Resonanz. Hunderte von Anfragen und Anmeldungen gingen bei den Pädagogischen Hochschulen ein, bevor die Kurse für die Quereinsteiger ausgeschrieben waren. Das kommt bei den vielen Meldungen über die chronische Überlastung in der Lehrerschaft überraschend.

Überraschend ist auch, wie schnell und unbürokratisch der Lehrgang installiert wurde. Acht Monate nach dem Grundsatzentscheid konnten die ersten Umsteigewilligen ihr Kurzstudium in Angriff nehmen; 65 von ihnen beginnen heute in einer Zürcher Schulklasse bereits mit ihrer Arbeit.

Als Nothelfer sind sie geholt worden, doch es zeichnet sich ab, dass sie mehr sind, nämlich überdurchschnittlich motiviert und fähig. Im Vergleich zu den Junglehrern, die sich aus dem Studium für ihren Beruf entscheiden, haben die Quereinsteiger zwei Vorteile: Sie haben Lebenserfahrung, und sie wollen aus Überzeugung Lehrer werden. Sie werden Frische und Schwung in eine geschlossene Arbeitswelt bringen.

Als Notmassnahme haben die Pädagogischen Hochschulen das Quereinsteiger-Studium konzipiert, jetzt gehört es ins reguläre Angebot. Der Staat soll den Umstieg in den Lehrerberuf grundsätzlich fördern. Doch er sollte sich auch Gedanken machen, wie er den Ausstieg erleichtern könnte. Denn in unseren Schulen gibt es zu viele Lehrpersonen, die im Beruf leiden, aber keinen Ausweg finden. Im Interesse der Kinder und der Lehrpersonen selber, sollte sie der Staat unterstützen - auch wenn die Schulen im Moment auf jeden und jede angewiesen ist.